

M. Bartenstein K.H. Grasser A. Finz

Aktionsplan

**für Wirtschaftswachstum
und Arbeitsplätze**

Aktionsplan für Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze

I. Säulen der Finanz- und Wirtschaftspolitik

Die österreichische Finanz- und Wirtschaftspolitik wird von drei Säulen bzw. Zielen getragen:

- ausgeglichenes Budget über den Konjunkturzyklus
- Senkung der Abgabenquote bis 2010 auf 40%, bei Aufrechterhaltung der finanzpolitischen Stabilität
- nachhaltige Wachstumspolitik

Österreich bekennt sich zum Ziel der EU im Rahmen der Lissabon-Strategie, Europa bis 2010 zum dynamischsten, wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu entwickeln. Dieses qualitative Wachstumsziel ist die beste Zukunftsversicherung für einen starken Wirtschafts- und Arbeitsstandort. Es sollen somit Rahmenbedingungen geschaffen werden, die einer Steigerung der Investitionen, der besseren Ausnutzung des Arbeitskräftepotentials, der Produktivität und der verbesserten Wettbewerbsfähigkeit dienen.

Der Erfolg dieses Kurses spiegelt sich auch bei Vergleich der wichtigsten Wirtschaftszahlen im EU-Raum wider:

3 SÄULEN

VERGLEICH DER KENNZAHLEN

	BIP, real¹⁾ Veränderung in % gegenüber Vorjahr	AL-QUOTE %	INFLATION %	BUDGET²⁾ in % des BIP
Deutschland 2001	0,6	7,9	1,9	-2,8
2002	0,2	8,6	1,3	-3,5
2003	0,0	9,5	0,7	-3,8
Frankreich 2001	2,1	8,5	1,7	-1,5
2002	1,2	8,8	1,9	-3,1
2003	0,5	9,3	1,9	-4,0
Italien 2001	1,8	9,5	2,7	-2,6
2002	0,4	9,0	2,6	-2,3
2003	0,5	9,0	2,8	-2,3
Österreich 2001	0,8	3,6	2,3	0,3
2002	1,4	4,1	1,7	-0,1
2003	0,7	4,4	1,1	-1,3
Euro-Zone 2001	1,5	8,0	2,4	-1,6
2002	0,9	8,4	2,3	-2,2
2003	0,5	9,0	2,0	-2,9

Quelle: IWF World Economic Outlook, September 2003
 1) Österreich: BIP-Daten für 2001 und 2002 laut ESVG95, Statistik Austria, 2001-2002, 2003 laut WIFO-September-Prognose
 2) EU-Mitgliedsländer: 2001-2003 laut Notifikation durch die EU-Mitgliedstaaten;
 Österreich 2002: BMF (Österreich hat für 2002 ein Budgetdefizit von -0,2 % des BIP notifiziert)

II. Bisherige Erfolge: Konjunkturpakete I und II sowie erste Etappe der Steuerreform

Mit den Konjunkturbelebungsprogrammen (KP) I und II und vor allem mit der ersten Etappe der Steuerreform (1.1.2004) wurden bereits bedeutende Schritte gesetzt, um Österreich als Standort attraktiver zu gestalten, den Arbeitsmarkt zu stimulieren, niedrige Einkommen zu entlasten und die Eigenkapitalbildung von KMUs zu stärken.

Dies dokumentiert auch ein überdurchschnittliches BIP-Wachstum von 1,4% im vergangenen Jahr (Euro-Zone: 0,9%). Nach Untersuchungen von Wirtschaftsforschern beträgt der Wachstumsbeitrag der von der Bundesregierung gesetzten Maßnahmen der KP I und II zwischen 0,5 und 0,75%.

1. Maßnahmen des Konjunkturpaketes I

- Erweiterung der steuerlich begünstigten Forschungsaufwendungen
- Anhebung des bestehenden Bildungsfreibetrags
- Für den Neubau von Gebäuden befristet eine vorzeitige Abschreibung von 7%
- Die bestehenden Steuerbegünstigungen wurden auf Betriebsübertragungen ausgeweitet. Zusätzlich wird eine Grunderwerbsteuerbefreiung bis zu einem Grundstückswert von 75.000 € gewährt.

2. Maßnahmen des Konjunkturpaketes II

Die Maßnahmen des zweiten Konjunkturpaketes zielen in erster Linie auf die Belebung des Arbeitsmarkts für Jugendliche sowie auf Erleichterungen für Unternehmen ab:

- 100 Mill. € 2003 für Forschung und Entwicklung
- Für 5000 Jugendliche von 19 bis 24 Jahren, die arbeitslos sind, wird ein Weiterbildungsprogramm geschaffen, das 18 Monate dauert.
- Das bestehende Sonderprogramm für die Ausbildung von Jugendlichen zwischen 15 und 18 Jahren wurde um zwei Jahre verlängert und ausgeweitet.
- Offensive für Pflege- und Betreuungsberufe, um die Zahl der Stellen auf 2000 zu verdoppeln.

BISHERIGE ERFOLGE

KONJUNKTURPAKET I

KONJUNKTURPAKET II

- Die Förderungen für Weiterbildungsmaßnahmen (ein Jahr Weiterbildungsgeld) wurden auf Arbeitslose über 45 Jahre ausgeweitet.
- Für Lehrlinge wurden die Lohnnebenkosten durch Entfall des Unfallversicherungsbeitrags gesenkt, und der Arbeitslosen- sowie Krankenversicherungsbeitrag wird für zwei Jahre ausgesetzt. Für Unternehmen, die Lehrlinge ausbilden, gibt es eine Lehrlings-Prämie von 1000 € pro Kopf und Jahr.
- Für zusätzliche Investitionen wurde befristet bis Ende 2003 eine Investitionsprämie von zehn Prozent auf alle beweglichen Wirtschaftsgüter eingeführt. Wird in behindertengerechte Einrichtungen investiert, gilt die Prämie auch für unbewegliche Güter.
- Für die Bauwirtschaft wird der im Konjunkturpaket I eingeführte erhöhte Abschreibungssatz von sieben bzw. zehn Prozent bis Ende 2003 verlängert.
- Der Forschungsfreibetrag nach dem Frascati-Manual wird von 10 auf 15% erhöht, die alternative Forschungsprämie von 3 auf 5%.
- Ausweitung des Bildungsfreibetrags in Höhe von 20%.
- Es wird eine steuerbegünstigte kapitalgedeckte Pensionsvorsorge geschaffen.

3. Steuerreform 2004

Mit der ersten Etappe der Steuerreform wurde nach den Konjunkturbelebungsprogrammen ein weiterer großer Schritt der Entlastung gesetzt. Diese erste Etappe bewegt ein Volumen von 950 Mio € und führt zu einer Nettoentlastung von 500 Mio €. Die wesentlichen Schritte stellen sich wie folgt dar:

- **„Kleine“ Tarifreform bei der Einkommensteuer**

Durch Anhebung des allgemeinen Absetzbetrages sowie einer Veränderung der Einschleifregelung werden Bruttojahreseinkommen von Arbeitnehmern bis ca. 14.500 € (Pensionisten ca. 12.500 €) steuerfrei gestellt bzw. darüber liegende geringe Einkommen steuerlich entlastet. Von dieser Maßnahmen profitieren ca. 2,4 Mio Steuerpflichtige: 1,65 Mio Arbeitnehmer, 730.000 Pensionisten und 60.000 Selbständige. Die Entlastung beträgt bei den Selbständigen bis zu 580 €, bei den Nichtselbständigen bis zu 475 € und bei den Pensionisten bis zu 450 €.

Durch diesen ersten Entlastungsschritt werden zusätzlich ca. 200.000 Steuerpflichtige steuerfrei gestellt.

STEUERREFORM 2004

KLEINE TARIFREFORM

Somit sind von etwa 5,7 Mio. unselbständig Erwerbstätigen (einschließlich Pensionisten und -innen) in der Folge 2,4 Mio. nicht lohnsteuerpflichtig!

- **Besteuerung von nicht entnommenen Gewinnen mit einem begünstigten Satz ab Veranlagung 2004**

Nicht entnommener Gewinn von natürlichen Personen und Personengesellschaften, die Einkünfte aus Land- u. Forstwirtschaft und Gewerbebetrieb erzielen, wird bis zu einem Betrag von 100.000 € mit dem halben Durchschnittssteuersatz begünstigt besteuert. Diese Maßnahme stellt eine wesentliche Stärkung des Eigenkapitals von KMUs dar. **Es profitieren ca. 120.000 Unternehmer.**

NICHT ENTNOMMENER GEWINN

- **Vereinfachungen im Umsatzsteuersystem (z.B. Wegfall der 13. USt-Vz ab 15. Dezember 2003, Erleichterung beim EuSt-Abzug)**
- **Studiengebühren für ordentliches Universitätsstudium steuerlich absetzbar**
- **Zeitlich begrenzte Förderung von Internetzugängen mittels Breitbandtechnik**

WEGFALL 13. UST.

4. Die bereits erfolgreich getroffenen Maßnahmen führen zu einer nachhaltigen Entlastung von 1,3 Mrd €.

Steuerliche Entlastungen

	2004	2005	2006
		in Mio. €	
Auswirkungen der Abgaben- und Steuerreform			
Lohnnebenkostensenkung	-140	-140	-140
Einkommen- und Lohnsteuer	-329	-601	-793
Umsatzsteuer: Entfall der Sonder-VZ			
Umsatzsteuer (auf MöSt / EnAbg)	40	43	43
Reform der Einfuhrumsatzsteuer			
Mineralölsteuer	200	240	240
Energieabgaben	135	117	117
Strassenbenützungsabgabe inkl. Kfz-Steuer	-75	-90	-90
Summe	-169	-431	-623
Auswirkungen der Konjunkturbelebungsprogramme			
Konjunkturbelebungsprogramm I	-215	-215	-215
Konjunkturbelebungsprogramm II	-347	-322	-472
Summe	-562	-537	-687
Gesamtentlastung	-731	-968	-1.310

Die getroffenen Entlastungsmaßnahmen sowie die ausgabenseitigen Einsparungen spiegeln sich auch in den gesamtwirtschaftlichen Indikatoren zur Budgetentwicklung wider:

Gesamtwirtschaftliche Indikatoren zur Budgetentwicklung

1997 – 2004

in % des BIP

	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Staatsausgaben	54,0	54,2	54,2	52,4	51,8	51,3	51,8	50,8
Staatseinnahmen	52,0	51,7	51,8	50,8	51,9	51,0	50,3	49,9
Steuern und Abgaben, Staat und EU	44,6	44,4	44,4	43,6	45,0	44,2	43,9	43,6
Öffentliches Defizit (Maastricht)	-1,9	-2,4	-2,3	-1,5	0,3	-0,1	-1,3	-0,7
Verschuldungsquote	64,7	64,9	67,5	67,0	67,1	66,7	66,4	66,0

Quelle: Statistik Austria (bis 2002), BMF-Berechnungen, BMF; Rundungsdifferenzen

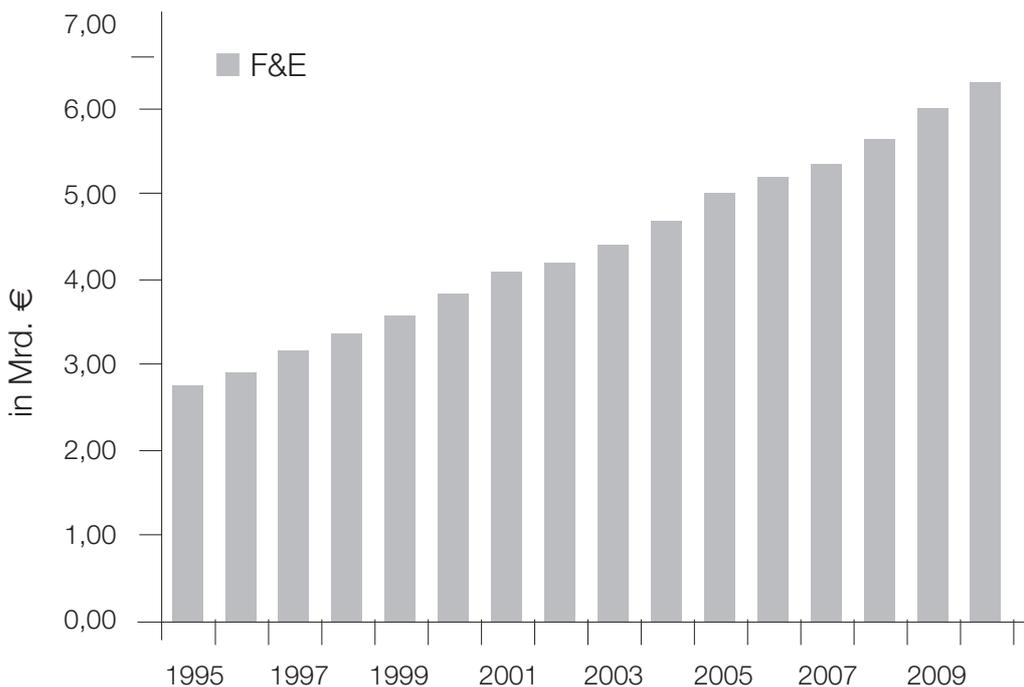
III. Konjunkturbelebungspaket III

1. Innovationsstandort Österreich stärken
2. Standort Österreich: Steuerliche Attraktivität, KMU und Gründer- / Betriebsübernehmer fördern
3. Infrastruktur
4. Arbeits- und Beschäftigungsstandort
5. Österreich goes International: Internationalisierungsoffensive
6. Ausbildung und Bildung siehe Papier BM Gehrler.

1. Innovationsstandort forcieren

Österreich kann auf einen rasanten Anstieg der Forschungsmittel zurückblicken:

Forschung und Entwicklung



F&E Offensive

- Österreich hat mit knapp 2% (1,96%) zur durchschnittlichen europäischen Forschungsquote aufgeschlossen. 1995 lag Österreich noch bei 1,56%.
- Die F&E Offensive wird bis 2010 fortgesetzt mit den Zielen, 2,5% an Forschungsquote bis 2005 und 3% bis 2010 zu erreichen.

KONJUNKTUR-
BELEBUNGSPAKET III

F&E OFFENSIVE

- Errichtung einer Nationalstiftung für Forschung und Technologie, welcher jährlich Mittel aus dem ERP-Fonds und der OeNB zufließen.
- Einsatz der Finanzmittel mit möglichst großer Hebelwirkung von öffentlichen auf private Mittel. Wirtschaftsnah und anwendungsorientiert. Ziel: Investitionen des Privaten Sektors steigern. 2/3 Privatsektor, 1/3 öffentliche Hand!
- Bessere Abstimmung der technologiepolitischen Maßnahmen zwischen den einzelnen Ressorts.
- Umsetzung des UG 2002 (Autonomie der Universitäten), engere Zusammenarbeit Hochschule - Wirtschaft sowie von außeruniversitären Forschungseinrichtungen und Unternehmen unter Einbindung der Bundesländer.

2. Standort Österreich: Steuerliche Attraktivität / KMU / Gründer- / Betriebsübernehmer fördern

Senkung der Unternehmenssteuern:

- Dem KöSt-Satz kommt (bei gegebener Besteuerungsbasis) eine zentrale Bedeutung im internationalen Benchmark zu (im Zusammenhang mit einer modernen Gruppenbesteuerung).
- Der KöSt-Satz soll in einem ersten Schritt 2005 (Beschlussfassung im Nationalrat vor Juli 2004) auf 31% gesenkt werden. Bis 2010 wird eine weitere wesentliche Absenkung erfolgen. Diese Maßnahme trägt somit beträchtlich zum Ziel der Senkung der Abgabenquote bei.
Kosten: pro Prozentpunkt 120 Mio. €

Investitionszuwachsprämie/Katastrophenschäden

- Verlängerung der befristeten Investitionszuwachsprämie.
- Verlängerung der Sonderregelung für eine vorzeitige Abschreibung bei katastrophengebundener Ersatzbeschaffung bei Gebäuden und sonstigen Wirtschaftsgütern.
Kosten: 20 Mio. €

4 Milliarden € Gegengeschäfte für Österreichs Wirtschaft:

Im BMWA wurde eigens eine Plattform für Gegengeschäfte im Zusammenhang mit dem Erwerb der Eurofighter eingerichtet. Das Gegengeschäftsvolumen beträgt 4 Mrd. €. Ein Quick-Start

STANDORT ÖSTERREICH

KÖST-SENKUNG

INVESTITIONS-ZUWACHS-PRÄMIE

GEGENGESCHÄFTE FÜR DIE WIRTSCHAFT

Paket in der Höhe von 1 Mrd. € wurde bis August 2004 vereinbart, wovon bisher vertraglich rd. 600 Mio € abgeschlossen wurden.

Durch diese Maßnahme wird besonders den Zielsetzungen des Technologiestandortes Österreichs Rechnung getragen, wobei auch Klein- und Mittelbetriebe berücksichtigt werden. Zur Information von Unternehmen hat die WKÖ zusätzlich die Arge Offset eingerichtet.

Kapitalstärkung für KMU und Gründer und Risikokapital:

- Mit dem Programm „Fit für die EU-Erweiterung“ sollen neue Impulse für KMUs besonders auch in Grenzregionen gesetzt werden. Hierbei soll eine spezielle Unterstützung zur Umsetzung von Modernisierungs- und Erweiterungsinvestitionen erfolgen. Als Basisförderung sind Haftungen, Zuschüsse und Kredite für Projekte vorgesehen, die sich nicht für EU-Kofinanzierung qualifizieren. Die Förderungsintensität soll zwischen 5% und 20% der Projektkosten liegen. Es ist ein Förderungsmix von „Unternehmensdynamik“, ERP-Krediten, AMF- und EFRE-Mitteln sowie Beiträgen der Länder geplant. Volumen: von AWS GF und Aufsichtsrat zu beschließen (z.B. 100 Mio. € Kreditmittel p.a., entspricht etwa 6 Mio. € Zuschüsse im Bereich Unternehmensdynamik). Projekte sollten nur befristet (maximal 2 Jahre) genehmigt werden.
- Mit dem Gewinnwertpapier-Basket soll die Mobilisierung von Risikokapital für KMUs erfolgen. Als Basis dient das bestehende AWS-Gewinnwertpapier, wobei eine Zusammenfassung mehrerer Einzelemissionen in einem Gewinnwertpapier erfolgt.
Volumen: 20 Mio. Euro p.a.
(2 - 3 Baskets = bis zu 20 Unternehmen)
- Eine Elektronische Antragsabwicklung soll als Teil der e-government-Initiative der Bundesregierung zunächst im Rahmen der stückmäßig größten Gründungsförderung „Jungunternehmer/innen-Förderaktion“ umgesetzt werden.
Kosten: ca. 170.000 € an Implementierungskosten
- Double Equity Fonds der AWS: Grundprinzip dabei ist, das Eigenkapital eines Unternehmens durch einen zu 100% von der AWS garantierten Kredit zu verdoppeln. Für diesen Kredit verlangt die AWS keine zusätzlichen Sicherstellungen (das

KMU-KAPITALSTÄRKUNG

FIT FÜR EU-ERWEITERUNG

RISIKOKAPITAL

EK-STARTRHILFE

ist die echte Verbesserung gegenüber den üblichen Haftungsübernahmen). Zusätzlich erwartet sich die AWS, dass durch die 100%-ige Haftungsübernahme die Bonitätsprüfung durch die Hausbanken eingeschränkt werden kann. Insgesamt soll ein Haftungsrahmen für diesen Garantiefonds von 100 Mio. € zur Verfügung stehen. Da sowohl bestehende Förderungsrichtlinien ("Unternehmensdynamik") als auch bestehende Haftungsrahmen (KMU-Förderungsgesetz) herangezogen werden können, kann das Programm unmittelbar gestartet werden.

Volumen: 100 Mio.€

Mehr Unternehmergeist bereits in den Schulen:

- **Unternehmerführerschein:** Eine Verordnung wurde vom BMWA in Begutachtung gesandt, die vorsieht, dass die Absolvierung des Unternehmerführerscheins für die Unternehmerprüfung angerechnet wird.
- **Medienkoffer als Unterrichtshilfe für Lehrer in den Schulen:** Spezielle unternehmensrelevante Module sollten zu einem wichtigen Bestandteil der Lehrpläne der Sekundarstufe sowie von Hochschulen und Universitäten werden. Das gesamte Medienpaket wird aus rund 20 Modulen (Unterrichtsbausteinen) bestehen. Die Bausteine beinhalten Themen wie Businesspläne, Unternehmensnachfolge und Finanzplan. Es ist vorgesehen die Materialien - sie werden in elektronischer Form hergestellt - an 600 österreichische Schulen kostenlos zu verteilen. Der Medienkoffer ist ab kommenden Herbst verfügbar.

3. Österreichische und Europäische Infrastrukturoffensive bis 2010

Ein effizientes Verkehrssystem, das die optimale Nutzung des Binnenmarktes und die Internationalisierung des Handels ermöglicht, ist die Basis für Wachstum, gesicherte Arbeitsplätze und Wohlstand. Deshalb hat Österreich mit dem Generalverkehrsplan die Grundlagen dafür geschaffen, dass die „Lebensadern“ der Wirtschaft gesichert sind. Fließt der Verkehr an Österreich vorbei, dann würden auch Wachstum und Wohlstand an unserem Land vorbeifließen. Gerade zu den Wachstumsmärkten in den neuen Mitgliedsländern der Europäischen Union sind erstklassige Verbindungen notwendig.

UNTERNEHMERGEIST
FÖRDERN

INFRASTRUKTUR

Die deutlich ansteigenden Investitionen der öffentlichen Hand in den Infrastrukturausbau wachsen aufgrund der laufenden Umsetzung des Generalverkehrsplans weiter an. Diese Investitionstätigkeit ist in konjunkturell schwierigen Zeiten ein wichtiges Instrument, um Wachstumsimpulse zu setzen.

Österreich begrüßt die Initiative für mehr Wachstum in Europa, die sich vor allem auf den Ausbau der Transeuropäischen Netze (TEN) konzentriert. Sechs der 29 als prioritär identifizierten Projekte betreffen Österreich (Brenner-Basis-Tunnel; Eisenbahnverbindung Wien-Bratislava; Eisenbahnverbindung Wien-Budapest; Straßenverbindung Wien-Brünn (Nordautobahn A5); Donau-Schiffverbindung Wien-Bratislava; Eisenbahnverbindung Salzburg-Wien).

Der zügige Ausbau und die Verbesserung der Verkehrsnetze – unter verstärktem Einsatz von Private Public Partnerships (PPP) – ist die Voraussetzung für aktuelle Wachstumsimpulse durch den Bau und für nachhaltige Wachstumschancen durch die Nutzung von modernen Verkehrsinfrastrukturen.

Die Infrastrukturoffensive bringt: 20 Mrd. € bis 2006

Die Aufwendungen für die Bereitstellung und den Betrieb der Bundesverkehrsinfrastruktur für die Verkehrsträger Schiene und Straße belaufen sich für die Jahre 1999 bis einschließlich 2006 auf 20 Mrd. €.

Die Verkehrsträger im Einzelnen:

- Bundesstraße B

Mit April 2002 wurden ca. 11.000 km Bundesstraßen in den Wirkungsbereich der Bundesländer übertragen.

In Summe wurden und werden hiezu für die Jahre 1999 bis 2006 über 4.100 Mio. € aufgewendet.

- Höchststrangiges Straßennetz

Für das höchstrangige Netz, das sind ca. 2.000 Kilometer an Autobahnen und Schnellstraßen, wurden und werden (konsolidierter Stand September 2003) für die Jahre 1999 bis 2006 in Summe für Neubau, bauliche Erhaltung sowie betriebliche Investitionen in Summe über 6.500 Mio. € aufgewendet.

TEN-PROJEKTE

- Schiene

Die Aufwendungen für Schiene inklusive der aktivierten Eigenleistungen wurden und werden für 1999 bis 2006 in Summe über 9.200 Mio. € betragen.

Die graphische Darstellung der Entwicklung der Infrastrukturinvestitionen siehe Beilage 1.

4. Arbeits- und Beschäftigungsstandort

Die Arbeitsmarktoffensive bringt:

Schwerpunkt Jugend

- Mehr Jobs für die Jugend
Konzept Modularisierung - Neugestaltung von 260 Lehrberufen zur Erhöhung der Arbeitsmarkt- und Karrierechancen / Schaffung von 100 Basismodulen

Die Modularisierung des dualen Systems: Dieses Vorhaben steht im Zeichen der Flexibilisierung des Ausbildungsangebots und geht auf die zunehmende Spezialisierung in den Unternehmen ein. Auf Grundlage einer soliden Basisausbildung soll die Möglichkeit für Schwerpunktsetzungen und Vertiefungen geschaffen werden, wobei weiterhin ganze Berufsausbildungen mit anerkannten Abschlussprüfungen angeboten werden sollen. Um diese Dynamik auch in der erfolgreichen dualen Ausbildung verstärkt zu ermöglichen, wird die „Modularisierung der Lehrlingsausbildung“ zügig vorangetrieben. 260 Lehrberufe werden in rund 100 Basismodule zusammengefasst, eine Spezialisierung erfolgt – ähnlich dem „Baummodell“ in der HTL – erst ab dem 2. Lehrjahr. Die Ergebnisse der beim BMWA eingerichteten Arbeitsgruppe werden bis März 2004 vorliegen. Die Umsetzung in den einzelnen Lehrberufen wird schrittweise erfolgen.

- Weitere Verlängerung des Lehrlingsauffangnetzes gem. Jugendausbildungssicherungsgesetz (JASG VI) für rund 5.500 Lehrgangplätze im Herbst 2003; finanziert vom Arbeitsmarktservice Österreich, Europäischen Sozialfonds und Beteiligung der Bundesländer.

ARBEITSMARKT

MEHR JOBS FÜR DIE
JUGEND

MEHR CHANCEN FÜR
LEHRLINGE

- Weitere Umsetzung des Sonderprogramms Jugendliche (für 2004 stehen rund 23 Millionen € zur Verfügung).
- Jedem interessierten Jugendlichen soll ein Ausbildungsplatz garantiert werden.

Mehr Flexibilität für bessere Jobchancen

- Erweiterung der Versicherung in der Arbeitslosenversicherung für Selbstständige zur Förderung des Wechsels zwischen unterschiedlichen Erwerbsformen.
- Neuregelung des Frühwarnsystems (einschließlich der Modernisierung des Meldesystems in der Arbeitslosenversicherung) zur frühzeitigen Steuerung von Arbeitskräfteangebot und Arbeitskräftenachfrage.
- Neufassung der Zumutbarkeitsbestimmungen zur frühzeitigen aktiven Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt bei gleichzeitiger Berücksichtigung des Strukturwandels.
- Qualifikation und Ausbildung zwecks Wiedereinstieg während und nach der Karenz; gezielte Arbeitsmarktmaßnahmen für Frauen.
- Neufassung der vorübergehenden Beschäftigung in der Arbeitslosenversicherung zur Förderung der Nutzung aller verfügbaren Beschäftigungsmöglichkeiten.
- Arbeitsmarktpolitische Förderung von Weiterbildungsmaßnahmen im Rahmen einer Bildungskarenz.

Arbeitszeitflexibilisierung/Sozialpartner

- Durch eine Neuregelung der Arbeitszeitbestimmungen wird Betrieben der flexiblere Einsatz der Arbeitskräfte ermöglicht. Unternehmen können daher besser auf Auftragschwankungen reagieren.

Österreich für Schlüsselkräfte attraktiver machen:

- Dzt. können Familienangehörige (Ehepartner/innen und Kinder) von Schlüsselkräften, soweit sie nicht selbst die Schlüsselkraftkriterien erfüllen, erst bei fortgeschrittener Integration (mindestens ein Jahr Aufenthalt) unbeschränkten Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten. Dies wird künftig sofort möglich sein.
- Eine Sonderregelung wird darüber hinaus Top-Führungskräften wie z.B. Vorstandsmitglieder, Direktoren

FLEXIBILITÄT FÜR BESSERE JOBCHANCEN

AZ-FLEXIBILITÄT

ÖSTERREICH FÜR SCHLÜSSELKRÄFTE ATTRAKTIV MACHEN

oder etwa Wissenschaftler (mit mehrfach höherer Entlohnungsgrenze als "normale" Schlüsselkräfte) ermöglichen, ihr angestammtes Support- und Hauspersonal (z.B. Sekretär, Kindermädchen) in Österreich zu beschäftigen.

5. Österreich goes International: Internationalisierungs-offensive / Exportförderung

INTERNATIONALISIERUNGS-OFFENSIVE

Österreich kann auf ein erfolgreiches Exportjahr zurückblicken. Dies schlägt sich auch in der Handelsbilanz nieder, welche erstmals einen Überschuss aufweist. Trotz der diesjährigen schwierigen Lage im Exportbereich, bleibt das Ziel aufrecht, die Exportgrenze von 100 Mrd. € zu erreichen.

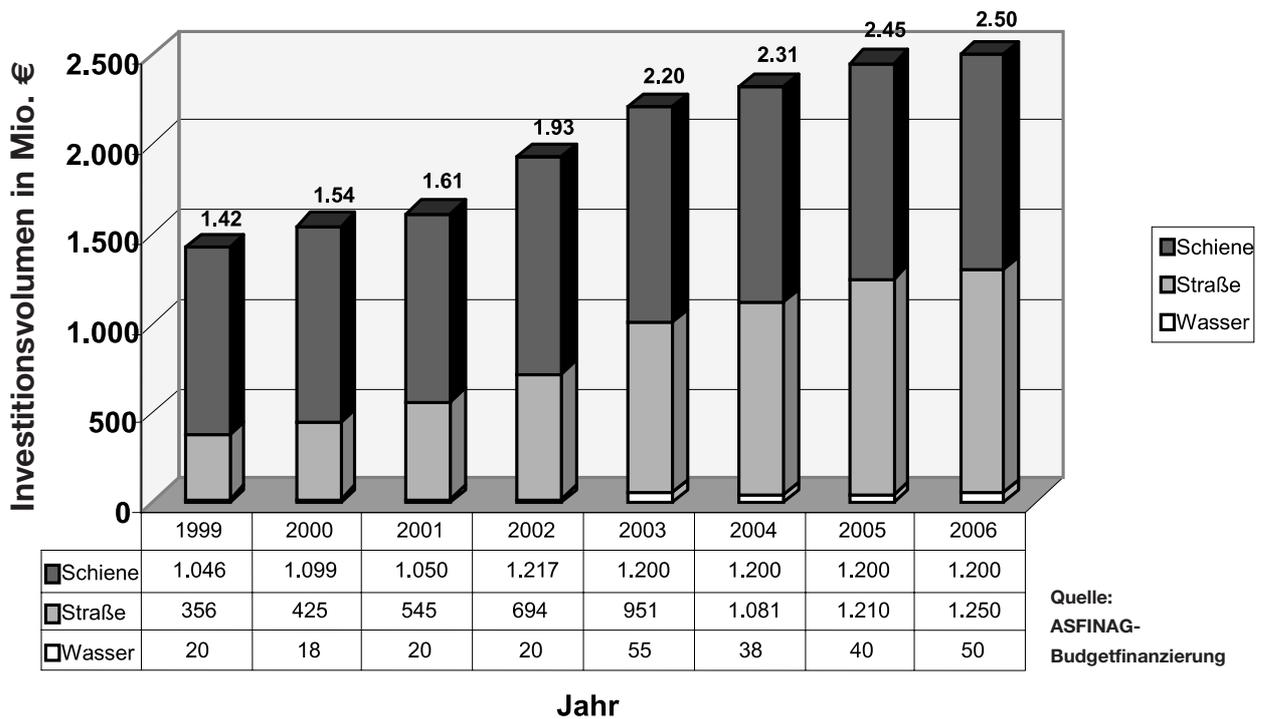
Folgende Maßnahmen sollen zur Zielerreichung beitragen:

- 25 Mio. € Bundesmittel, komplettiert um Initiativen der WKÖ im Ausmaß von 25 Mio. € p.a. für 2003 und 2004 = gesamt 2 x 50 Mio. € und davon Quick-Start-Paket im Umfang von 17,3 Mio. € gesamt (9,6 Mio. € Bund, 7,7 Mio. € WKÖ) wurde Mitte September präsentiert, gefolgt von Gesamtpaket für 2004/2005
- Drei-Säulen-Modell:
 - Warenexport
 - Dienstleistungsexport
 - Foreign Direct Investments

Die Internationalisierungsoffensive bringt zum Beispiel:

- spezielle Incentives für Erstexporteure
- Senkung der Markterschließungskosten für alle Unternehmen
- Branchenspezifische Komplettpakete für Zielmärkte mit besonderem Potential
- intelligente Vorfeldmaßnahmen zur Geschäftsanbahnung
- einen Human Resource-Schwerpunkt

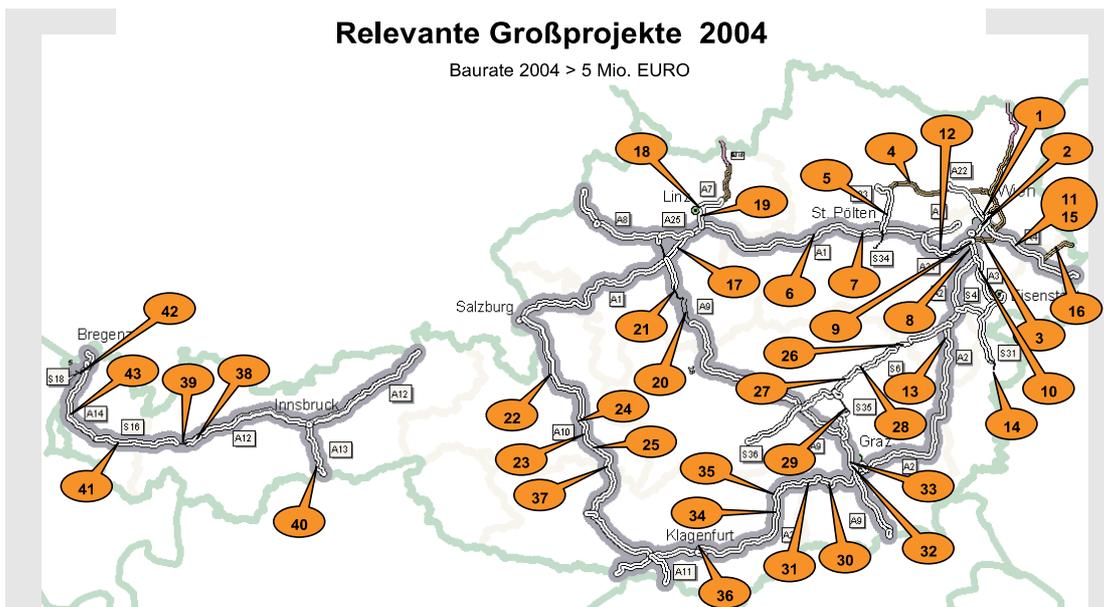
Beilage 1: Jährliche Investitionen in die Bundesinfrastruktur 1999 - 2006



ASFINAG

Relevante Großprojekte 2004

Baurate 2004 > 5 Mio. EURO



Beilage 2: Investitionen in Schiene und Straße 1995 - 2009

